

Kooperation statt Konflikt

Für die Akzeptanz der Energiewende wird eine dialogische Bürgerbeteiligung an Energie-Infrastrukturprojekten immer wichtiger. Dabei gilt es, sich mit allen Betroffenen auseinanderzusetzen und insbesondere Gegner gezielt anzusprechen.

Die Energiewende erfordert Investitionen in die Energie-Infrastruktur, die in ihrer Breite und Tiefe einmalig in Deutschland sind. Sie zieht für Energieversorger und Energieverbraucher nie dagewesene Veränderungen nach sich. Das sorgt für Spannungen und Spaltungen in unserer Gesellschaft. Zu beobachten ist zum einen ein sich verstärkender Radikalismus von Gruppen, denen die Energiewende nicht schnell genug vorangeht. Ihre Strategie ist es, mit zivilem Ungehorsam Druck auf die Energiepolitik auszuüben. Zu bemerken ist zum anderen eine zunehmende Gegnerschaft von Gruppen, die entweder einzelne Energie-Infrastrukturprojekte oder die Energiewende insgesamt infrage stellen. Beiden Bewegungen in der Bevölkerung gilt es, Aufmerksamkeit zu widmen und sie in einen dialogischen Beteiligungsprozess einzubeziehen. Bestrebungen, sie ins Abseits zu stellen, führen eher zu deren Erstarkung. Daran kann niemandem gelegen sein. Denn ohne eine breite Akzeptanz in der Gesellschaft kann die Energiewende nicht gelingen.

Ein erfolgreiches Akzeptanz-Management für Energie-Infrastrukturprojekte bedarf einer demokratischen, konsensual orientierten Konfliktkultur. Die Bürgerbeteiligung darf keine Scheinbeteiligung sein. Vorhabenträger dürfen keine fertige Lösung präsentieren, sondern müssen die Bürger als Gestalter glaubwürdig an der Lösung

mitwirken lassen. Dies verlangt einen Perspektivwechsel. Beschleunigung und Bürgerbeteiligung sind kein Gegensatz. Die Bürger sind nicht als Bremser, sondern als Schrittmacher der Energiewende zu betrachten. Ihre Potenziale abzurufen, ist für alle ein Gewinn.

Die kooperative Suche nach Lösungen fernab eines „von oben herab“ hat sich im Rahmen gesetzlicher Vorgaben zu bewegen. Sie bedingt einen auf Konsens und Kompromiss angelegten Verhandlungsstil. Gemeint ist damit ein Dialog, der durch Zuhören, Verstehen und Infragestellen der eigenen Position gekennzeichnet ist. Eine darauf aufbauende dialogische Bürgerbeteiligung will gut durchdacht und gemacht sein. Akzeptanzkommunikation heißt nicht „wie manipulierte ich die Bürger am besten, damit sie das machen, was ich will“ und auch nicht „die Bürger einfach nur mitzunehmen“. Vielmehr geht es darum, diese mit ihren Anliegen zum feststehenden Bestandteil jedes Energie-Infrastrukturprojektes zu machen. Es ist sicherzustellen, dass sich alle Bürger einbringen können und alle Interessen vertreten sind. Interessengegensätze sind

ausdrücklich anzuerkennen. Wo sie auftreten, gilt es, ausgewogen zu vermitteln.

Im „Steinbeis Bürgerbeteiligungs-Report“ wurde die Bevölkerung in Deutschland dazu befragt, wie sie sich eine dialogische Bürgerbeteiligung bei Energie-Infrastrukturprojekten vorstellt.

Beteiligung wird eingefordert

Ein Ergebnis: Energie-Infrastrukturprojekte werden von den Bürgern aufmerksam verfolgt. 39 Prozent haben die Umsetzung entsprechender Vorhaben in ihrem Wohnumfeld in den vergangenen drei Jahren wahrgenommen. Diese sind häufig Brennpunkte und haben für die Bürger ein hohes Konfliktpotenzial. 36 Prozent sehen entsprechende Projekte laut dem Report kritisch. Allen voran Eingriffe in das Landschaftsbild sind vielen ein Dorn im Auge. 39 Prozent der Bürger missbilligen diese. Bei der Information über Energie-Infrastrukturprojekte besteht zudem nach Auffassung der Bevölkerung noch viel Luft nach oben. 47 Prozent der Bürger fühlen sich über die Planung von Vorhaben in ihrem Wohnumfeld schlecht unterrichtet.

Die Bürgerbeteiligung bei Energie-Infrastrukturprojekten hat für die Bevölkerung einen sehr hohen

Link-Tipp

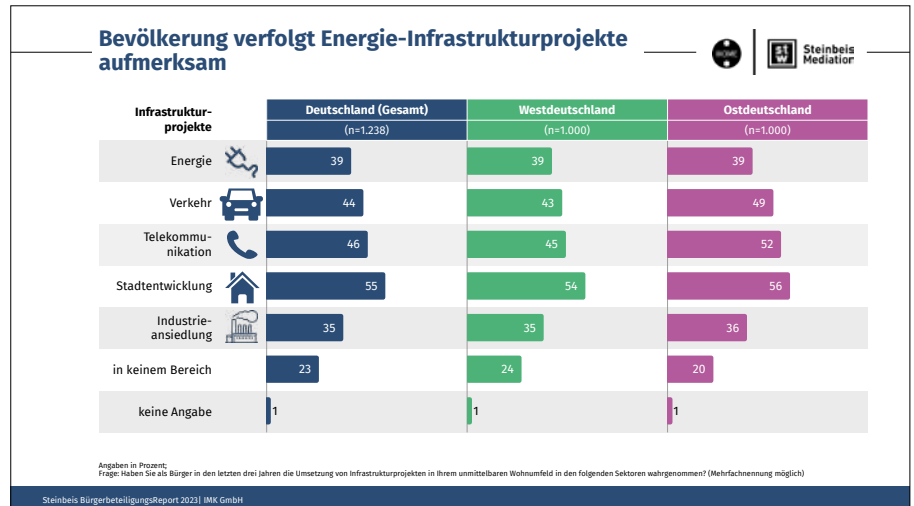
Ein Praxisguide zur Öffentlichkeitsbeteiligung als Werkzeug der Energiewende sowie der Steinbeis BürgerbeteiligungsReport können kostenlos online bezogen werden:

- www.steinbeis-mediation.com

Stellenwert. 78 Prozent halten sie für wichtig. 34 Prozent sind mit den Beteiligungsmöglichkeiten unzufrieden. 23 Prozent sind diese nicht bekannt. Das Interesse, an Energie-Infrastrukturprojekten mitzuwirken, ist bei der Bevölkerung vorhanden. 30 Prozent der Bürger sind dafür grundsätzlich aufgeschlossen. 33 Prozent sind dazu bereit, sofern eine direkte Betroffenheit besteht. 46 Prozent legen Wert darauf, bereits vor Beginn der Planung berücksichtigt zu werden.

Betroffene und die Öffentlichkeit frühzeitig zu informieren, ist nach Meinung der Befragten der entscheidende Erfolgsfaktor für eine gelungene Bürgerbeteiligung bei Energie-Infrastrukturprojekten. 42 Prozent halten dies für ausschlaggebend. Sehr wichtig sind für die Bürger außerdem die Transparenz der Entscheidungsprozesse und das Vertrauen in die Handlungen des Vorhabenträgers.

Eine Schlüsselrolle bei der Bürgerbeteiligung im Rahmen von Energie-Infrastrukturprojekten spielen die Kommunen. 38 Prozent der Bürger sehen Städte und Gemeinden bei der Gestaltung von Beteiligungsprozessen als federführend an. 24 Prozent können sich alternativ auch einen neutralen Vermittler vorstellen. Lediglich 16 Prozent halten die Genehmigungsbehörden,



39 Prozent der Bürger haben in den vergangenen drei Jahren Energie-Infrastrukturprojekte in ihrem Wohnumfeld wahrgenommen.

nur 12 Prozent den Vorhabenträger für Ton angehend.

Eine Bürgerbeteiligung bei Energie-Infrastrukturprojekten ist aus Sicht der Bevölkerung in jedem Fall sinnvoll und zielführend. 50 Prozent der Bürger glauben, dass sie Konflikten vorbeugen, 44 Prozent, dass sie Klagen vermeiden kann. 41 Prozent sind der Meinung, dass Bürgerbeteiligung die Planung besser verständlich macht.

Klare Handlungsempfehlungen

Aus dem „Steinbeis BürgerbeteiligungsReport“ leiten sich klare Handlungsempfehlungen der Bevölkerung für eine dialogische Bürgerbeteiligung bei Energie-Infrastrukturprojekten ab. Frühzeitige Information, Transparenz

und Vertrauen bilden demnach das Grundgerüst für eine gelungene Beteiligung.

Die Bürgerbeteiligung muss so früh wie möglich erfolgen. Das heißt, die Bürger sind bereits vor Beginn der Planung einzubinden. Vorhabenträger sollten keine Angst vor einem „zu früh“ haben. Denn nur wenn die Planung noch veränderbar ist, ist eine Einbeziehung der Bürger glaubwürdig. Die Bürgerbeteiligung muss zudem transparent sein. Das heißt, alle notwendigen Informationen haben für alle Bürger in allen Phasen verfügbar zu sein. Sie sind einfach und verständlich zu gestalten, damit sie für jeden nachvollziehbar sind. Das gleiche gilt für alle Dialogformate und -prozesse.

Zu guter Letzt muss die Bürgerbeteiligung vertrauensfördernd sein. Das heißt unter anderem, alle Bürger sehr viel besser als bisher über ihre Mitwirkungsmöglichkeiten aufzuklären. Wichtig ist, dass jeder über diese Bescheid weiß, unabhängig davon, ob er sie wahrnimmt. Ist das Vertrauen in den Vorhabenträger einmal verloren, ist es sehr aufwendig und kostspielig, es wieder zurückzugewinnen. ■



Der Autor: Prof. Dr. Gernot Barth

Prof. Dr. Gernot Barth ist Leiter von IKOME | Steinbeis Mediation. Das Beratungsinstitut für Konflikt-Management ist spezialisiert auf Akzeptanz-Management und Akzeptanzkommunikation bei Infrastrukturprojekten sowie eine dialogische Bürger- und Öffentlichkeitsbeteiligung.